



Foto: Manuela Gundermann

Entschiedenheit und Anwaltschaft

Ein Kongress-Nachwort von Johannes Schnettler

„In diesen drei Tagen haben wir uns über vier Schritte verständigt, die das Engagement für den Frieden in Nahost prägen.

1. Vergewissern: Unser Engagement muss Auskunft geben können auf die Fragen: Woher kommen wir? Warum ist uns unser Engagement für den Frieden in Israel und Palästina so wichtig? Orientierungen haben wir gehört, z.B. von Prof. Meggle in Reflexion auf das „Manifest der 25“. „Es ist an der Zeit, die moralische Verantwortung gegenüber Israel und Palästina auf eine breitere Basis als die im Holocaust begründete Moral zu stützen.“ Und Dr. Husam Al Najjar ergänzte: „So wie Israel sein kollektives Gedächtnis bewahrt, so bewahrt auch das palästinensische Volk sein kollektives Gedächtnis.“ Bei einer derartigen Vergewisserung unseres Engagements gilt die Feststellung von Petra Mendelsohn: „Kritik an der Politik des Staates Israels hat nichts mit Antisemitismus zu tun“.

2. Hören und Sehen: „Wer einmal hinter die Mauer geschaut hat, darf nicht schweigen“, hat uns Pater Rainer Fielenbach (OCarm) zugerufen. Wir haben den Blick auf die Bilder der zerstörten Brücke in Gaza gerichtet, die Dr. Husam Al Najjar gezeigt hat und zugehört, was er über die ökonomische und soziale Katastrophe in Palästina erzählt hat. Gehört haben wir auch von Prof. Jeff Halper von der „Matrix der Kontrolle“ über die Palästinenser im West-Jordanland, die sich von der Zersiedlung des Territoriums über die ökonomische Beeinträchtigung bis hin zur Mauer erstreckt. Wir haben aber auch von den Ängsten und Sorgen der Menschen in Israel um ihre Sicherheit gehört. Wir wissen: alle Stimmen in Israel und Palästina sind zu hören, weil sie uns etwas zu sagen haben.

3. Bewerten: Das Existenzrecht Israels. Es muss gewährleistet sein.

Der Gaza-Streifen: Er ist weniger autonomes Gebiet als vielmehr Gefängnis für die Palästinenser.

Das West-Jordanland: Das zerstückelte Territorium ist weniger Staatsgebiet als ein Bantustan.

Die Zwei-Staaten-Lösung: Politische Perspektive oder eine vertane Chance?

Die Politik der deutschen Bundesregierung: Bei Verstößen gegen das Völkerrecht und Unrecht verlangen die besonderen Beziehungen eine deutliche Kritik.

Die Gewalt: Es ist zwischen dem Recht auf Widerstand eines Volkes und terroristischen Gewaltakten zu unterscheiden.

Positionen: Es geht um Entschiedenheit. Gleichgültigkeit oder Neutralität schwächt die Friedensgruppen sowohl in Palästina als auch in Israel.

4. Handeln: Wir stehen alle schon in einem langen politischen Engagement. Nach wie

vor gilt es, Öffentlichkeit herzustellen für unsere Forderungen, die wir gestern und heute zusammengetragen haben. Es geht aber auch um den Dialog aller Akteure vor Ort und Engagierten dort und bei uns. Und schließlich: Unser Handeln basiert auf der „Anwaltschaft voll Liebe für beide Völker, für das palästinensische und das israelische“, wie Veronika Hüning zur Eröffnung der Tagung es forderte. Prof. Jeff Halper hat dies zusammengefasst: „Israel: wir lieben dich. Israel: wir garantieren deine Sicherheit. Israel: du musst die Besatzung aufgeben.“ Setzen wir in diesem Geiste unser Engagement für den Frieden in Nahost fort. ■

Johannes Schnettler ist Vizepräsident der deutschen Sektion von pax christi.

Bischof Heinz Josef Algermissen: Die weltweite atomare Abrüstung ist das Gebot der Stunde

Stellungnahme des Präsidenten der deutschen Sektion von pax christi zum Hiroshima-Jahrestag

Seit über 60 Jahren gedenken wir alljährlich des schrecklichen Menetekels des 20. Jahrhunderts, der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945. Das Präsidium von pax christi hat vor zwei Jahren zum 60. Jahrestag angesichts der verheerenden Zerstörungskraft dieser Waffen betont, dass eine weitere Strategie der Abschreckung mit ihnen moralisch zu verurteilen ist, weil dieser Rüstungswetlauf „eines Tages all das tödliche Unheil bringt, wozu er schon jetzt die Mittel bereitstellt.“ (II. Vatikanum, Gaudium et Spes, 81). Es gilt vielmehr, diese Waffen auf dem Weg konsequenter Abrüstungsgespräche Schritt für Schritt ganz abzuschaffen.

Mittlerweile ist in der internationalen Politik eher das Gegenteil festzustellen: Atomwaffen werden „modernisiert“, mit ihrer Entwicklung und ihrem Einsatz wird gedroht, ihr Besitz wird zur Prestige- und angeblicher Sicherheitsfrage für immer mehr Staaten, während keinerlei Abrüstungswillen bei den Atomwaffenstaaten festzustellen ist. Der gerade erfolgte Abzug von 130 US-Atomwaffen aus Ramstein ist zu begrüßen, dem die verbliebenen 20 Atomwaffen im rheinland-pfälzischen Büchel bald folgen sollten. Damit dieser Abzug aber nicht nur taktischen Charakter hat, muss die sog. „atomare Teilhabe“ der Bundesrepublik nunmehr ebenfalls bald beendet werden. Damit könnte Deutschland der Welt ein glaubhaftes Zeichen geben, sich nicht länger auf den „Schutz“ dieser Waffen zu verlassen.

Stattdessen sind alle Bemühungen zur Ächtung und Abrüstung der atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungsmittel, zu unterstützen, um durch die gemeinsame Erinnerung an die Erfahrung von deren schrecklicher Zerstörungskraft dazu beizutragen, die Welt von ihnen zu befreien und so einem dauerhaften Weltfrieden näher zu kommen. Die weltweite Bewegung der Bürgermeister für den Frieden („Mayors for Peace“) verdient in diesem Zusammenhang besondere Unterstützung, ebenso wie die aktuelle von pax christi mit getragene Kampagne „Unsere Zukunft – atomwaffenfrei“.

Fulda / Bad Vilbel, den 2. August 2007